

# Viele gehen eher nach Hause

Bürgerforum zum Abschluss des ISEK-Prozesses mit 120 Gästen bringt wenig Konkretes

Halle (SKü). Das abschließende Bürgerforum zum integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK bzw. IKEK) war nach kritischen Debatten im Vorfeld mit Spannung erwartet worden. Ganz so groß wie beim ersten Bürgerforum vor einem Jahr war der Andrang zwar diesmal nicht. Doch immerhin 120 Haller strömten ins Schulzentrum Masch. Nach dem mehr als einstündigen Einführungsvortrag war knapp die Hälfte dieser Besucher wieder weg – viele wohl aus einer Enttäuschung heraus.



Olaf Kasper vom Büro Schulten SSR aus Dortmund, das seit einem Jahr die parallel laufenden Entwicklungskonzepte für die Innenstadt sowie die Ortsteile erarbeitet, stellte am Dienstagabend zunächst den Fahrplan der Veranstaltung vor, da noch ohne Widerspruch. Dann legte Kasper in seinem 75-minütigen Einführungsvortrag viel Wert auf die Darstellung des Auftrages und was durch ISEK oder IKEK überhaupt geleistet werden könne. Ein solches Konzept sei dem Allgemeinwohl verpflichtet, ohne jedem von Bürgern eingebrachten Einzelprojekt gerecht werden zu können.



**Große Haller Themen werden in dem mehr als einstündigen Vortrag nur kurz gestreift.**

Gerade in der Analysephase sei die Bürgerbeteiligung gefragt, fuhr Kasper fort. Und er lobte ausdrücklich das Engagement der Haller, die 250 bis 300 Ideen und Anregungen eingebracht hätten. Diese Liste werde im Nachgang des ISEK auch weiter bearbeitet, versprach Kasper. Doch nicht alles eigne sich für sofortige, konkrete Umsetzungen, er sprach von »Startbausteinen«. Viele Ideen oder Anregungen blieben »Perspektivbausteine« oder auch nur im »Ideenspeicher«. Kasper: »Es war nicht unser Job, alle Vorschläge zu prüfen, ob sie mach- und fi-

Zu Beginn des Bürgerforums im Schulzentrum Masch sind die Reihen noch gut gefüllt (oben links), nach dem Vortrag von Olaf Kasper, der auf dem Bild oben rechts eine Liste mit Bürgervorschlägen zeigt, sind

viele enttäuscht nach Hause gegangen (unten rechts). Statt im offenen Plenum sollen die Bürger nur an Thementafeln mit Moderatoren (unten links Michael Flohr) diskutieren. Fotos: Küppers

nanzierbar sind.« Wobei Projektreife nicht gleich ein Ausschlusskriterium sei, denn man müsse nicht für jede kleine Idee gleich den großen (Förderungs-)Apparat anwerfen.

Für seine Zusammenfassung der Arbeit eines Jahres verblieb der Projektleiter eher in allgemeinen Darlegungen, skizzierte Themenfelder wie »Fläche optimal nutzen«, »Versorgung gut organisieren«, »Verkehr stadtverträglich gestalten« und »Lebendige Ortskerne fördern«. Das Thema Wohnen sei dabei stark in den Vordergrund gerückt, referierte Kasper, denn es gebe in Halle einen riesigen Druck auf den Wohnungs-

markt. In diesem Zusammenhang wurden von ihm dann auch mal Zahlen präsentiert. So gebe es in Halle bis zum Jahr 2035 einen saldierten Neubau-Bedarf von weiteren 813 Wohneinheiten. Die große Grünfläche zwischen Bahnlinie und Berufskolleg sieht Kasper aus diesen Gründen eher als Bauland für 50 bis 60 Wohneinheiten denn als neuen Stadtpark. Man müsse ja auf Grünqualitäten ja nicht vollständig verzichten, skizzierte Kasper Kompromisslinien.

Eine Vernetzung von kleineren und größeren Grünflächen ist ihm wichtig. Und Kasper warb in diesem Sinne sowohl für einen Grünzug vom Teutoburger Wald bis hi-

nein in die landschaftlichen Freiräume im Haller Süden wie auch für die Entwicklung des Künsebecker Baches als Grünzug in dem stark von Industrie geprägten Haller Ortsteil. Nur kurz gestreift wurden Themen wie die Neugestaltung der »Lebensader B 68« oder das »City-Management«.

Nach diesem Vortrag stand Grünen-Ratsdame Dr. Kirsten Witte auf und forderte eine öffentliche Diskussion über die wichtigsten Themen des ISEK. »Ich möchte wissen, was die Bürger davon halten«, sagte sie. Kirsten Witte, eine ausgewiesene Kommunalexpertin bei der Bertelsmann-Stiftung, bezeichnete die von dem Büro und

der Stadtverwaltung gewählte Form der Bürgerbeteiligung als nicht »State of the Art« (Stand der Technik). Witte erhielt für ihre Kritik viel Beifall. Kasper und die Bürgermeisterin sprachen sich für eine Fortsetzung des geplanten Ablaufes aus. »Im Plenum stehen dann nur die Mutigen auf, die anderen mit einer Meinung bleiben sitzen«, argumentierte Kasper.

Mithin konnten sich Bürger an Themenstellwänden mit Moderatoren von SSR oder der Verwaltung über einzelne Probleme unterhalten. Die Zusammenfassung der Diskussionsergebnisse empfand mancher freilich als inhaltlich eher unscharf.